

Toxikologie-Institut des Bundes: Chemie-Industrie hat das Sagen

Das neue Zentrum sei unterwandert und könne nicht unabhängig forschen, kritisiert die Initiantin

Ein Direktor, der bei Syngenta arbeitet. Ein Leitungsgremium, das von der Industrie dominiert wird. Ist das neue Toxikologiezentrum wirklich unabhängig? Jetzt muss sich der Bundesrat damit beschäftigen.

VON FELIX STRAUMANN

Das vor zehn Tagen lancierte neue Zentrum für angewandte Humantoxikologie hat eine wichtige Aufgabe: Es soll die sträflich vernachlässigte Giffforschung in der Schweiz zu neuem Leben erwecken – und so den Schutz der Menschen vor gefährlichen Chemikalien erhöhen. Dabei geht es um Stoffe wie beispielsweise Pestizide, Plastikzusätze oder UV-Schutzmittel, die potenziell krebserregend sind oder zu Unfruchtbarkeit und Übergewicht führen können.

Solche Wirkungen zu erforschen und zu bewerten, ist die Aufgabe von

Toxikologen. Doch sollten diese unabhängig von der Industrie arbeiten, denn den gesundheitlichen Risiken stehen die finanziellen Interessen der Hersteller gegenüber.

«Das Zentrum ist extrem industriellastig», kritisiert François Meienberg, Geschäftsleitungsmitglied der Erklärung von Bern. «Es besteht die Gefahr einer Forschung mit blinden Flecken.» Umstritten ist insbesondere der neu gewählte Direktor, Martin Wilks, der direkt aus der chemischen Industrie kommt. Er arbeitet seit 2001 für den Agrokonzern Syngenta und war von 1990 bis 1999 bei den britischen Imperial Chemical Industries (ICI) angestellt.

BEI SYNGENTA WAR Wilks unter anderem zuständig für das Pestizid Paraquat, das wegen seiner Giftigkeit in der Schweiz und in Europa verboten ist. Laut Meienberg war er beispielsweise involviert bei Versuchen, das Pestizid künstlich auf

dem Markt zu halten, obwohl es in Entwicklungsländern deswegen immer wieder zu Todesfällen kommt.

Umstritten ist ebenso das Leitungsgremium des neuen Toxikologiezentrums, das auch darüber entscheidet, welche Gelder in welche Forschungsprojekte fliessen. Im sechsköpfigen Gremium sitzen ein Vertreter der Lobbyorganisation der chemischen Industrie (Schweizerische Gesellschaft der chemischen Industrie, SGCI) sowie der Präsident der Schweizerischen Toxikologischen Gesellschaft, seines Zeichens Angestellter der Pharmafirma Roche. Neben einer Vertreterin des Bundes sind drei Universitätsprofessoren mit dabei. Von diesen hat laut einem Beitrag auf Radio DRS mindestens einer für fünf Jahre ein Unternehmen geleitet, in das Novartis 150 Millionen Franken investiert hatte.

«Das neue Zentrum wurde initiiert, weil heute über 96 Prozent der Toxikologieforschung durch die Chemieindus-

trie selber wahrgenommen wird», sagt Nationalrätin Maya Graf (Grüne, BL), die die Schaffung des Zentrums 2002 mit einem Postulat angestossen hatte. Die ursprüngliche Idee werde mit der personellen Zusammensetzung des Zentrums unterwandert. Graf wünscht sich insbesondere Vertreter von Organisationen wie der Krebsliga oder von Instituten für Präventivmedizin. Sie will in der morgigen Fragestunde den Bundesrat zum Handeln bewegen.

DIREKTOR MARTIN WILKS will zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen. Weil er bis zu seinem Stellenantritt im September noch bei Syngenta arbeite, sei es «im Augenblick schwierig, die Sachen auseinanderzuhalten». Die Bundesvertreterin im Leitungsgremium, Eva Reinhard, gibt zu bedenken, dass Wilks sehr gut qualifiziert sei. Zudem habe es kaum Bewegungen von industrieunabhängigen Toxikologen gegeben.

Weniger «near misses» über der Schweiz

Es gab aber generell mehr Zwischenfälle im Flugverkehr

63-MAL WURDE IM JAHR 2008 der Mindestabstand zwischen zwei Flugzeugen im Schweizer Luftraum nicht eingehalten. Das sind acht so genannte «Airprox» oder «near misses» weniger als im Vorjahr, wie das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) auf Anfrage vom «Sonntag» bekannt gibt. «Zum Teil sind das aber lediglich geringfügige Unterschreitungen der Abstände, die noch kein wirkliches Sicherheitsrisiko darstellen», sagt Bazl-Sprecher Daniel Göring.

Der Mindestabstand zwischen zwei Flugzeugen beträgt in der Horizontalen 9 Kilometer. In der Vertikalen lediglich 300 Meter. Insgesamt wurden im letzten Jahr 2132 Zwischenfälle im Flugverkehr gemeldet. Das sind rund 20 Prozent mehr als 2007. «Wir führen diese Zunahme vor allem auf eine bessere Melddisziplin zurück», sagt Göring. Der Anteil von Fällen mit «erhöhtem Risiko» nahm denn auch von 18 auf 15 Prozent ab. Der detaillierte Bazl-Sicherheitsbericht 2008 erscheint diesen Monat.

LUKAS FÜGLISTER

VON FLORENCE VUICHARD

Was ist der Unterschied zwischen Selipran und Pravastax? Vom Wirkstoff her gibt es keinen. Beim Preis schon: Der Original-Cholesterin-Senker Selipran kostet im Päckchen à 30 Tabletten gut 70 Prozent mehr als das genannte Generikum (siehe Tabelle). Dem Patienten kanns egal sein – die Krankenkasse bezahlt die Rechnung.

Deshalb fordert die Konsumentenschützerin Simonetta Sommaruga neue Regeln für die Vergütung der Medikamente, wenn nötig mit einer Volksinitiative: «Die Krankenkassen sollen wie in praktisch allen europäischen Ländern bei gleichen Medikamenten nur den Preis des günstigsten Präparats bezahlen – plus maximal 10 Prozent», sagte sie im letzten «Sonntag». Auch der Krankenkassenverband Santésuisse begrüsst eine «fixe Kostenrückerstattung nach Wirkstoff», deren Höhe sich an den günstigsten Pillen orientiert. Schützenhilfe gibts ebenso vom Preisüberwacher Stefan Meierhans: Er taxiert diese Forderungen als «äusserst präferenswert».

DEM LIESTALER UNTERNEHMER Peter Hohmann gehen die politischen Prozesse zu langsam. Er appelliert deshalb an die Selbstverantwortung der Konsumenten: «Jeder kann beim Medikamentenkauf seinen Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten leisten.» Er habe mit seiner Online-Plattform mymedi.ch für Transparenz gesorgt. «Jeder kann hier mit ein paar wenigen Klicks die Medikamentenpreise vergleichen», sagt Hohmann. Damit könnten die Konsumenten nicht nur die Krankenkassen entlasten, sondern bei den nicht rezeptpflichtigen Medikamenten auch ihr eigenes Budget.

Das Sparpotenzial wäre beachtlich, verkaufen doch Ärzte und Apotheker pro Jahr für rund 5 Milliarden Franken Medikamente, die von der Grundversicherung bezahlt werden müssen. So beglich die grösste Krankenkasse der Schweiz, die Helsana, im Jahr 2008 Rechnungen für das Schmerzmittel Ponstan von total 585'000 Franken, wie Firmensprecher Rob Hartmans sagt. Dabei gäbe es Generika, die rund 40 Prozent günstiger wären.

Für den Blutdrucksenker Norvasc musste Helsana im vergangenen Jahr 1,17 Millionen Franken ausgeben. Hier hätte die Krankenkasse 30 Prozent sparen können. «Der konsequente Umstieg auf Generika vermag enorme Kosten einzudämmen. Würden zusätzlich die viel zu hohen Generikapreise reduziert, liegt noch viel mehr drin», so Hartmans.



Droht mit Initiative: Simonetta Sommaruga.

Der Preisvergleich bei Medikamenten lohnt sich

Preisunterschiede von 70 Prozent fürs gleiche Präparat sind keine Seltenheit



BILDER: FOTOLIA, YOSHIO KUSANO/EO IMAGES

Originalmedikament oder Generikum?

Preisvergleich von drei Originalmedikamenten mit ausgewählten Generika in Packungen à 30 Tabletten

SCHMERZMITTEL		
Ponstan 500 (Pfizer)	15.05 Fr.	
Mefenaminacid-Cimex (Acino)	8.85 Fr.	-41%
Spiralgin (Spirig)	13.85 Fr.	-8%
CHOLESTERIN-SENKER		
Selipran 20 mg (Bristol-Myers Squibb)	60.80 Fr.	
Pravastax (Drossapharm)	17.40 Fr.	-71%
Pravalotin-Mepha (Mepha)	25.85 Fr.	-57%
BLUTDRUCKSENKER		
Norvasc 10 mg (Pfizer)	41.15 Fr.	
Amlodipin Actavis (Actavis)	28.40 Fr.	-31%
Amlo eco (Sandoz)	29.95 Fr.	-27%
Amlopin (Spirig)*	55.75 Fr.	+35%

* Es gibt Generika, die teurer sind als das Original.

Quelle: www.mymedi.ch

Heute registriert mymedi.ch täglich zwischen 100 und 200 Besucher oder 3000 bis 6000 Klicks – Tendenz steigend, wie Peter Hohmann betont. Er gibt sich aber damit nicht zufrieden: «Die Site muss so gross werden wie Comparis», sagt der Unternehmer, der hauptberuflich seine Healthcare Management Group (HMG) führt. Deswegen hofft er nun auf ideelle und finanzielle Unterstützung – zum Beispiel vom Bundesamt für Gesundheit, vom Preisüberwacher, von den Krankenkassen oder von den Ärzten und den Apothekern. Wenig Freude daran hat die Pharmaindustrie: «Mymedi.ch wird für sie mit zunehmender Popularität problematisch», sagt Peter Hohmann. «Der Pharmabranche drohen Margenverluste in hohen Millionenbeträgen, je bekannter mein Internetportal wird.»

Zoff um Versichertenkarte

Der Bund macht Druck, die Kassen stellen sich quer

BIS IN EINEM HALBEN JAHR müssen die Krankenkassen all ihren Kunden eine neue Versichertenkarte zugeschickt haben. So stehts in der bundesrätlichen Verordnung. Ursprünglich hätten die Kassen die Versichertenkarte bis zum 6. März bei ihrem Verband Santésuisse bestellen müssen, doch viele liessen die Frist verstreichen. Jetzt mahnt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) alle Versicherer: «Wir ersuchen Sie, uns bis zum 19. Juni 2009 schriftlich zu bestätigen, dass Sie die Versichertenkarte gemäss den rechtlichen Vorlagen termingerecht (...) herausgeben werden», schreibt BAG-Vize-Direktor Peter Indra in einem Brief, der dem «Sonntag» vorliegt.

Es gibt Kassen, die aber überhaupt nicht daran denken, dem Aufruf zu folgen – so zum Beispiel die KPT: «Wir machen da nicht mit», sagt Sprecher Reto Egloff. «Für uns hätte das Mehrkosten von 1,5 Millionen Franken zur Folge.» Die KPT wolle ihre Prämienzahler nicht zusätzlich belasten. «Zudem bringt die Chipkarte keinen Mehrwert gegenüber unserer aktuellen Karte mit Magnetstreifen.»

Auch die Helsana, die grösste Kasse der Schweiz, hat noch keine Versichertenkarte bestellt. Sie wird es zwar noch tun, aber wohl nicht bei Santésuisse, wie das BAG es gerne hätte. «Wir haben die konkrete Absicht, hier mit der Post zusammenzuarbeiten», bestätigt Helsana-Sprecher Rob Hartmans. «Zurzeit klären wir diverse Detailfragen ab.» Die Post hofft nun, noch andere Kassen für ihre Karte zu gewinnen. «Wir sind mit verschiedenen grossen Versicherern im Gespräch», sagt Sprecher Oliver Flüeler.

URSPRÜNGLICH BOT DIE POST eine Versichertenkarte an, die später hätte aufgerüstet werden können. Das BAG will davon nichts wissen und erklärt den in der bundesrätlichen Verordnung festgelegten Standard zum Maximalstandard – und nicht zum Minimalstandard, wie es die Post wollte. Da half auch das Rechtsgutachten nichts, das die Post dem BAG im Mai vorgelegt hatte. Resigniert meint Flüeler: «Die Post hat gekämpft, dass die Versicherer statt mit einem Deux Chevaux mit einem sichereren Volvo hätten fahren können.» Doch das BAG bevorzugt den Deux Chevaux. (FV)